



NIEDERSCHRIFT

8. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	13. Februar 2012
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:00 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Burger, Stephan
Gürkan, Benjamin (bis Top 3)
Koch, Alexander
Ludwig, Alexander (ab Top 4)
Stein, Reinhold

CDU-Fraktion

Köhler, Lutz
Nungesser, Werner

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Störmer, Gerd

**Präsidium Stadtverordneten-
versammlung**

Dittrich, Manfred
Fischer, Wilhelm
Mager, Marcus
Pohl, Barbara Dr.

Magistrat

Bornet, Helmut
Höll, Herbert

Mager, Philipp
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Olbricht, Monika
Rohrbach, Peter
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Pittaro, Antonio

Seniorenbeirat

Koch, Anneliese

Behindertenbeauftragter

Baron, Norbert

Schriftführerin

Latocha, Georg

Verwaltung

Merlau, Jürgen
Risch, Horst
Wigand, Klaus

Presse

Darmstädter Echo: Wickel, Marc

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, Stephan Burger, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 12.01.2012	
2. Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Gemarkung Gräfenhausen, Flur 2, Flurstücke 281 bis 290 sowie 292, Ostendstraße 13 bis 21 und Wingertstraße 10 bis 20 Entscheidung über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gem. §1 Abs. 3 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 2 BauGB	IX/0165/3
3. Bebauungsplanverfahren "2. Änderung In der Wolfskaute", Gemarkung Schneppenhausen; Erneuter Antrag auf Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens	IX/0242/1
4. Weiterentwicklung des ÖPNV in Richtung Darmstadt; Antrag der CDU-Fraktion	IX/0092/2
5. Verbesserung der Wohnqualität im Stadtteil Riedbahn, Antrag der FWW-Fraktion	IX/0239
6. Verbesserung des Erholungsgebietes "Steinrod", Antrag der FWW-Fraktion	IX/0243

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 12.01.2012

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 12.01.2012 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Gemarkung Gräfenhausen, Flur 2, Flurstücke 281 bis 290 sowie 292, Ostendstraße 13 bis 21 und Wingertstraße 10 bis 20 Entscheidung über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gem. §1 Abs. 3 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 2 BauGB

Drucksache: IX/0165/3

Bürgermeister Rohrbach stellt den Inhalt der Vorlage vor und weist insbesondere auf das Ergebnis der Anhörung der betroffenen Grundstückseigentümer hin. Die Umfrage ergab, dass eine Mehrheit der Eigentümer der Aufstellung eines Bebauungsplanes positiv gegenüber eingestellt ist.

Die SPD-Fraktion sieht kein städtebauliches Erfordernis für die Erstellung eines Bebauungsplanes.

Die ALW-Fraktion plädiert für eine Stärkung der Innenentwicklung vor einer weiteren Außenbereichsinanspruchnahme, die in Gräfenhausen aufgrund der Fluglärmsituation ohnehin planungsrechtlich unzulässig wäre. Die Kostenübernahme durch den Antragsteller im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages ist jedoch zu prüfen.

Der Vertreter der FWW-Fraktion stellt Rückfragen zur Beteiligung der Grundstückseigentümer im Entwurfsprozess des möglichen Bebauungsplanes und regt eine Einbindung der Betroffenen in den Planungsprozess bereits vor der förmlichen Bürgerbeteiligung vor. Dies wird als gängige Praxis in der Stadt Weiterstadt auch im vorliegenden Fall zugesagt.

Die CDU-Fraktion befürwortet die Bereitstellung von Wohnbauflächen durch Verdichtung im Innenbereich und weist darauf hin, dass ein Bebauungsplan eine Angebotsplanung ist, die die Eigentümer nicht zur Ausschöpfung des Baurechts verpflichtet. Der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit Klärung der Kostenübernahme wird für sinnvoll erachtet.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Der Aufstellung eines Bauleitplanes „Ostendstraße/Gartenstraße/Wingertstraße und Ohlenbach,“ für die Grundstücke Gemarkung Gräfenhausen, Flur 2, Flurstück Nr. 281 bis 290 sowie 292, Ostendstraße 13 bis 21 und Wingertstraße 10 bis 20, zum Zwecke der Errichtung von Wohnbebauung in den hinteren Bereichen der Grundstücke wird zugestimmt. Das Verfahren ist nach den Regeln des § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchzuführen.
2. Der Magistrat wird beauftragt weitere Verfahrensschritte gem. BauGB vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

- | | | |
|---|--------------|------------------------|
| 5 | Ja-Stimmen | (2 CDU, 1 FWW, 2 ALW,) |
| 4 | Nein-Stimmen | (4 SPD) |

Tagesordnungspunkt 3

Bebauungsplanverfahren "2. Änderung In der Wolfskaute", Gemarkung Schneppenhausen;

Erneuter Antrag auf Wiederaufnahme des Bauleitplanverfahrens

Drucksache: IX/0242/1

Bürgermeister Rohrbach stellt den Inhalt der Vorlage vor und weist insbesondere auf das bereits vor Jahren aufgrund der Widerstände der Regionalplanung beim Regierungspräsidium Darmstadt erfolglose Einleitungsverfahren.

Stadtverordnetenvorsteher Dittrich verweist auf die geänderte Situation südlich der Egerländer Straße hin, wo inzwischen ausschließlich Wohngebäude entstanden sind. Er regt eine klare städtebauliche Gliederung des Bereiches durch Ausweisung eines Mischgebietes auf der nördlichen Seite der Egerländer Straße an.

Die FWW-Fraktion fordert eine erneute Anfrage beim Regierungspräsidium Darmstadt zur möglichen Genehmigungsfähigkeit einer Abweichung von Regionalplan.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass Schneppenhausen der an stärksten im Landkreis Darmstadt-Dieburg durch Fluglärm belastete Ortsteil ist. Eine weitere Wohnbebauung sollte hier nicht zugelassen werden.

Die ALW-Fraktion, beantragt den Verbleib der Drucksache im Ausschuss und einen Auftrag an den Magistrat das Regierungspräsidium Darmstadt erneut zu dem Antrag anzufragen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Drucksache verbleibt im Ausschuss.

Der Magistrat wird beauftragt, das Regierungspräsidium Darmstadt zu dem Antrag auf Änderung der planungsrechtlichen Festsetzung zu Mischgebiet um Stellungnahme zu bitten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Weiterentwicklung des ÖPNV in Richtung Darmstadt; Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache: IX/0092/2

Bürgermeister Rohrbach berichtet über das Gespräch mit dem Darmstädter Oberbürgermeister Partsch, in dem deutlich wurde das der Bau einer Straßenbahnverbindung nur eine langfristige Perspektive hat. Es soll jedoch von beiden Städten ein Trasse für ÖPNV freigehalten werden. Es entwickelt sich eine ausführliche Diskussion in deren Verlauf folgende Punkte angesprochen werden:

- Ist eine generelle ÖPNV-Trasse in der Form der NKU-Trasse, die speziell für eine Straßenbahn vorgesehen war, weiterhin sinnvoll? Soll zukünftig eine Bustrasse geplant werden, so erfordern die neuen Rahmenbedingungen eine erneute Trassendiskussion.
- Auf Grund der zahlreichen Arbeitsplätze muss eine direkte Anbindung der Gewerbegebiete WEST und Riedbahn an die Stadtzentren von Weiterstadt und Darmstadt durch eine neue Trasse gesichert werden.
- Eine mögliche Erweiterung der B 42 westlich der „Segmüller-Kreuzung“ muss bei der Trassenfreihaltung berücksichtigt werden.

- Ist eine Parallelführung der Trasse mit der B 42 für den Fall sinnvoll, dass auf dieser Trasse mittelfristig ein Schnellbus fahren sollte? Busse könne auch die bestehenden Straßen nutzen.
- Die Planungsunsicherheit in Bezug auf die ICE-Neubaustrecke bzw. die neu in die Diskussion gebrachte Güterverkehrsneubaustrecke müssen bei der Trassenfreihaltung berücksichtigt werden. Insbesondere die Eignung der Hochtanner Brücke zur Querung der A 5 für Straßenbahn / Bus ist hiervon abhängig.
- Die Fachdiskussion muss im Zusammenhang mit der verkehrlichen Gesamtentwicklung geführt werden, die zurzeit im VEP erarbeitet wird. Im VEP sollte auch die Trassenplanung thematisiert werden. Grundsätzlich ist die Trassenfreihaltung für den ÖPNV in einer Wachstumsregion von besonderer Bedeutung. Es sollte eine positive planerische Fortführung der bisherigen Überlegungen erfolgen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Drucksache verbleibt im Ausschuss. Die Trasse soll im Rahmen des VEP diskutiert werden. Der Magistrat wird beauftragt den Ausschuss über den jeweiligen Diskussionsstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Tagesordnungspunkt 5

**Verbesserung der Wohnqualität im Stadtteil Riedbahn, Antrag der FWW-Fraktion
Drucksache: IX/0239**

Aufgrund der zahlreichen Nachfragen aus allen Fraktionen zur der Intention des Antrags, schlägt der Antragsteller vor, die Drucksache im Ausschuss zu belassen und eine schriftliche Begründung des Antrags dem Protokoll beizugeben. Diese Begründung kann dann von den jeweiligen Fraktionen vor einer erneuten Behandlung im Ausschuss beraten werden.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag verbleibt im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Tagesordnungspunkt 6

**Verbesserung des Erholungsgebietes "Steinrod", Antrag der FWW-Fraktion
Drucksache: IX/0243**

Aufgrund der zahlreichen Nachfragen aus allen Fraktionen zur der Intention des Antrags, schlägt der Antragsteller vor, die Drucksache im Ausschuss zu belassen und eine schriftliche Begründung des Antrags dem Protokoll beizugeben. Diese Begründung kann dann von den jeweiligen Fraktionen vor einer erneuten Behandlung im Ausschuss beraten werden.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag verbleibt im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stephan Burger
Vorsitzender

Georg Latocha
Schriftführer

Anlagen